

Geschäftsverteilungsplan des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 1968

A. Geschäftsverteilung

I. Revisionssenate

Es sind zugewiesen dem

I. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, soweit nicht der VII. Senat zuständig ist
2. des Landwirtschaftsrechts
3. des Rechts der freien Berufe einschl. der Fahrlehrer
4. des Gesundheitsverwaltungsrechts
5. des Staatsangehörigkeits- und Ausländerrechts
6. des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften
7. des Ordnungsrechts einschl. des Vereins-, Versammlungsrechts und des Presserechts, mit Ausnahme
 - a) des Namensrechts (VII. Senat) und
 - b) der mit den Rechtsgebieten des IV. Senats zusammenhängenden Streitigkeiten

II. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Dienstes aussch. der Wiedergutmachung (Anfangsbuchstaben A bis K), soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist

III. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet des Lastenausgleichsrechts einschl. der Schadensfeststellungen, soweit nicht der V. Senat zuständig ist

IV. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts
2. des Flurbereinigungsrechts und des ländlichen Grundstücksverkehrs
3. des Straßen- und Wegerechts einschl. des Garagenrechts und des Gemeingebrauchs
4. des Wasser- und Deichrechts einschl. des Baues von Wasserstraßen und des Wasserverbandsrechts
5. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt

V. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Währungsausgleichsrechts
2. des Altspargesetzes
3. des Lastenausgleichsrechts einschl. Schadensfeststellungen, soweit sie allein die Gewährung oder Entziehung (Rücknahme, Widerruf, Verrechnung) von Kriegsschadenrente, Eingliederungsdarlehen, Wohnraumhilfe, Ausbildungshilfe und sonstige Förderungsmaßnahmen betreffen sowie Ausschliefung von der Schadensfeststellung und von Ausgleichsleistungen
4. des allgemeinen Kriegsfolgegesetzes
5. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts
6. des Fürsorgerechts einschl. des Schwerbeschädigten- und Mutterschutzgesetzes
7. des Jugendwohlfahrts- und Jugendschutzrechts, ausgenommen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (I. Senat)

8. des Besetzungsschädenrechts

9. des Sachleistungsrechts

10. des Kleingartenrechts

VI. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Dienstes aussch. der Wiedergutmachung (Anfangsbuchstaben L bis Z), soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist

VII. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, und zwar
 - a) des Rechts der Verkehrswirtschaft
 - b) des Rechts des Außenhandels
 - c) des Rechts des Interzonenhandels
 - d) des Rechts der Ernährungswirtschaft, mit Ausnahme der Streitsachen aus dem Milch- und Fettgesetz (I. Senat)
 - e) des Preisrechts, mit Ausnahme des Mietpreisrechts (VIII. Senat)
2. des Straßenverkehrsrechts, mit Ausnahme der Fahrlehrer (I. Senat)
3. des Postrechts
4. des Namensrechts
5. des Schul- und Hochschulrechts
6. des Personalvertretungsrechts
7. des Kommunalrechts
8. des Abgabenrechts, soweit nicht ein Sachzusammenhang mit einem Rechtsgebiet besteht, für das ein anderer Senat zuständig ist
9. des Wiedergutmachungsrechts, soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist
10. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen für Beamte, aber einschl. der ersten und zweiten jur. Staatsprüfung, ferner
11. die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind

VIII. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts
2. des Dienstrechts, des Besoldungsrechts und des Versorgungsrechts der Soldaten, der Ersatzdienstpflichtigen und der Angehörigen des Zivilschutzkorps
3. des Wiedergutmachungsrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes
4. des Rechts der Vertriebenen, der Sowjetzonenflüchtlinge und der politischen Häftlinge
5. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues, des sonstigen Wohnungs- und des Mietpreisrechts einschl. des Wohngeldes

Schlußbestimmungen

1. Soweit sich die Verteilung der Geschäfte nach dem Anfangsbuchstaben richtet, ist der Name des Klägers — bei mehreren Klägern des in der Klageschrift an erster Stelle Genannten, bei Klagen von Erbengemeinschaften der Name des Erblassers, wenn er genannt ist — maßgebend.

Im einzelnen ist maßgebend:

A. bei Klagen physischer Personen:

der Anfangsbuchstabe des Familiennamens. Dabei gelten die zum Namen gehörenden früheren deutschen und entsprechenden ausländischen Adelsbezeichnungen im Sinne der Geschäftsverteilung nicht als Teil des Familiennamens;

B. bei Klagen von Firmen, Gesellschaften, Vereinen, Anstalten und anderen juristischen Personen:

- a) der Anfangsbuchstabe des ersten, in der Firma usw. enthaltenen Familiennamens, gleichviel, ob er als Hauptwort, Eigenschaftswort oder Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes erscheint;
- b) beim Fehlen eines derartigen Familiennamens der Anfangsbuchstabe des ersten Hauptwortes der Firma usw.; Phantasiebezeichnungen und schlagwortartige Abkürzungen gelten auch dann als Hauptwörter, wenn sie keine zusammengezogenen Bestandteile von Hauptwörtern enthalten;
- c) beim Fehlen auch eines Hauptwortes der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes.

In den Fällen zu b) und c) bleiben jedoch folgende Worte und ähnliche korporative Sammelbezeichnungen — sofern sie nicht als Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes gebraucht sind — außer Betracht:

Aktiengesellschaft, Anstalt, Bank, Baugenossenschaft, Baugesellschaft, Bauverein, Direktion, Fabrik, Firma, Gemeinde, Gesellschaft, Genossenschaft, Gewerkschaft, Grube, Grundstücks-, Handels-, Kommanditgesellschaft, Korporation, Stiftung, Verband, Verein, Vereinigung, Zeche, Zentrale;

C. bei Klagen

- a) eines Konkursverwalters: der Name des Gemeinschuldners;
- b) eines Zwangsverwalters oder Treuhänders: der Name des Schuldners bzw. des Betreuten;
- c) eines Nachlaßverwalters, Nachlaßpflegers oder Testamentsvollstreckers: der Name des Erblassers.

D. Werden nebeneinander eine Firma und ihre Inhaber oder eine Gesellschaft und ihre Gesellschafter als Kläger genannt, so ist nur die Firma (Gesellschaft) maßgebend.

2. Soweit sich die Geschäftsverteilung nach Anfangsbuchstaben richtet, sind an einem Tag eingehende Streitsachen in alphabetischer Reihenfolge, geordnet nach dem Namen des Klägers, einzutragen.
3. Gelangt eine Revisionssache erneut an das Bundesverwaltungsgericht, so ist in diesem Fall der Senat zuständig, der die Zurückverweisung entschieden hat. Das gilt auch für Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren.
4. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozeß- und Vollstreckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zugrunde liegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.
5. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der Geschäftsverteilung im Falle einer Revisionseinlegung zur Entscheidung über die Sache zuständig wäre.
6. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
7. Die neue Geschäftsverteilung zwischen dem I. und V. Senat gilt für alle Sachen, soweit nicht bereits Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt worden ist.

II. Disziplinarsenate

1. Von allen zur Entscheidung eingehenden Sachen, ausgenommen Wiederaufnahmeverfahren, sind zugewiesen dem I. Disziplinarsenat die Sachen mit ungerader, dem II. Disziplinarsenat die Sachen mit gerader Nummer, dem III. Disziplinarsenat die Sachen, deren Nummer durch drei teilbar ist.

Die Verteilung regelt sich folgendermaßen:

Alle eingehenden Sachen werden in eine nach dem Aktenzeichen (D, DB, DW) unterteilte, jeweils in sich fortlaufend nummerierte „allgemeine Prozeßliste“ in der Reihenfolge des Eingangs eingetragen. Von dieser Liste aus erfolgt die Zuteilung an die einzelnen Senate nach dem oben angegebenen Verteilungsschlüssel. Gehen mehrere Sachen gleichzeitig ein oder ist ein zeitlicher Unterschied des Eingangs nicht feststellbar, erfolgt die Eintragung in alphabetischer Reihenfolge der Familiennamen der Antragsteller, Beschwerdeführer oder Berufungsführer; bei gleichen Familiennamen ist die alphabetische Reihenfolge der Vornamen, bei gleichen Vornamen das höhere Lebensalter für die Reihenfolge der Eintragung maßgebend. Bei Anträgen, Berufungen oder Beschwerden des Bundesdisziplinaranwalts oder einer obersten Dienstbehörde gilt die vorstehende Regelung mit der Maßgabe, daß bei der Eintragung von den Personalien des Betroffenen auszugehen ist. Gehen Sachen ein, die bereits im ersten Rechtszuge als personell oder sachlich zusammenhängend behandelt worden sind, werden sie dem Senat zugeteilt, der die erste dieser Sachen erhält; hierbei ist der Name des von dem Verfahren noch Betroffenen maßgebend, der in der Entscheidung des ersten Rechtszuges zuerst genannt worden ist. Geht eine Sache ein, die einen Beschuldigten betrifft, gegen den bereits ein Verfahren, gleich welcher Art, anhängig war oder anhängig ist, wird sie dem Senat zugeteilt, der die frühere Sache erhalten hatte. Die Eintragung der zusammenhängenden Sachen in die allgemeine Prozeßliste erfolgt in der Weise, daß sie die jeweils nächsten freien Nummern des betreffenden Senats erhalten. Die allgemeine Prozeßliste wird durch den Leiter der Geschäftsstelle des I. Disziplinarsenats geführt.

2. In Wiederaufnahmesachen entscheidet

der I. Disziplinarsenat, wenn der III. Disziplinarsenat, der II. Disziplinarsenat, wenn der I. Disziplinarsenat, der III. Disziplinarsenat, wenn der II. Disziplinarsenat in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat.

III. Wehrdienstsenate

1. Es sind zugewiesen

- a) dem I. Wehrdienstsenat
 - aa) alle Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung (= WB-Sachen),
 - bb) alle Vorlagesachen gemäß § 28 Abs. 6 und § 30 Wehrdisziplinarordnung (= WDB-Sachen), und
 - cc) alle übrigen Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung (WD- und sonstige WDB-Sachen) — mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren —, deren laufende Nummern nach der „allgemeinen Prozeßliste“ die Endzahlen 2, 4, 6 und 8 haben, und
- b) dem II. Wehrdienstsenat alle übrigen Verfahren, ausgenommen Wiederaufnahmeverfahren.

2. In Wiederaufnahmeverfahren entscheidet

der I. Wehrdienstsenat, wenn der II. Wehrdienstsenat, der II. Wehrdienstsenat, wenn der I. Wehrdienstsenat in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat. Entscheidungen des Wehrdienstsenats aus der Zeit vor Errichtung des II. Wehrdienstsenats gelten als Entscheidungen des I. Wehrdienstsenats.

3. Für die nach § 82 Abs. 4 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der I. Wehrdienstsenat zuständig.

4. Die Verteilung regelt sich folgendermaßen:

Alle eingehenden Sachen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs von dem geschäftsleitenden Beamten der Wehrdienstsenate in eine Tageseingangsliste eingetragen und mit einer fortlaufenden, jeden Tag mit 1 beginnenden „Kennziffer“ versehen. Gehen Sachen gleichzeitig ein oder ist ein zeitlicher Unterschied des Eingangs nicht feststellbar, bestimmt sich bei diesen Sachen die „Kennziffer“ nach der alphabetischen Reihenfolge der Familiennamen der Antragsteller, Beschwerdeführer oder Beschuldigten; bei gleichen Familiennamen nach der alphabetischen Reihenfolge der Vornamen, bei gleichen Vornamen nach dem höheren Lebensalter. Der geschäftsleitende Beamte hat hierbei die Pflicht, die Sachen unabhängig von der Registratur und ohne Kenntnis des Registerstandes zu numerieren und dabei keine Kenntnis von dem Inhalt der Eingänge zu nehmen. In der Registratur werden die Sachen nach der Verfahrensart in der

Reihenfolge der „Kennziffer“ mit fortlaufender Eingangsnummer in die „allgemeine Prozeßliste“ eingetragen. Von dieser „allgemeinen Prozeßliste“ aus werden die WD- und sonstigen WDB-Sachen nach dem oben angegebenen Verteilungsschlüssel zugeteilt. Bei Anträgen, Berufungen oder Beschwerden des Bundeswehrdisziplinaranwalts oder einer obersten Dienstbehörde oder anderer Personen gilt die vorstehende Regelung mit der Maßgabe, daß bei der Eintragung von den Personalien des Betroffenen auszugehen ist. Gehen Sachen ein, die bereits im ersten Rechtszug als personell oder sachlich zusammenhängend behandelt worden sind, werden sie dem Wehrdienstsenat zugeteilt, der die erste dieser Sachen erhält; hierbei ist der Name des noch an dem Verfahren beteiligten Beschuldigten maßgebend, der in der Entscheidung des ersten Rechtszuges zuerst genannt worden ist. Geht eine Sache ein, die einen Beschuldigten betrifft, gegen den bereits ein Verfahren anhängig war oder anhängig ist,

wird sie dem Wehrdienstsenat zugeteilt, der die frühere Sache erhalten hatte. Dies gilt auch, wenn ein neues Verfahren mit einem noch anhängigen Verfahren sachlich zusammenhängt. Die Eintragung der zusammenhängenden Sachen in die „allgemeine Prozeßliste“ erfolgt in der Weise, daß sie die jeweils nächsten freien Nummern des betreffenden Wehrdienstsenats erhalten. Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung (= WB-Sachen) begründen keinen personellen oder sachlichen Zusammenhang.

Die „allgemeine Prozeßliste“ wird durch den Registraturbeamten der Geschäftsstelle des I. Wehrdienstsenats geführt.

IV. Großer Senat (nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

B. Besetzung

I. Revisionsenate

I. Senat

Präsident	Prof. Dr. Werner
Bundesrichter	Dr. Eue
Bundesrichter	Lullies
Bundesrichter	Oppenheimer (in erster Linie II. Senat)
Bundesrichter	Dr. Heinrich
Bundesrichter	Dr. Paul
Bundesrichter	Dörffler

II. Senat

Senatspräsidentin	Schmitt
Bundesrichter	Dr. Otto
Bundesrichter	Dr. de Chapeaurouge
Bundesrichter	Weber-Lortsch
Bundesrichter	Dr. Idel
Bundesrichter	Oppenheimer (außerdem I. Senat)

III. Senat

Senatspräsident	Dr. Buchholz
Bundesrichter	Dr. Sieveking
Bundesrichter	Vierhaus
Bundesrichter	Dr. Dodenhoff
Bundesrichter	Dr. Pakuscher
Bundesrichter	Türke
Bundesrichterin	Dr. Hopf

IV. Senat

Senatspräsident	Külz
Bundesrichter	Oswald
Bundesrichter	Klein
Bundesrichter	Clauß
Bundesrichter	Dr. Weyreuther
Bundesrichter	Dr. Sandler

V. Senat

Senatspräsident	Hering
Bundesrichter	Dr. Wolf
Bundesrichter	Dr. Gützkow
Bundesrichter	Isendahl
Bundesrichter	Dr. Rösger
Bundesrichter	Dr. Fink

VI. Senat

Senatspräsident	Prof. Dr. Fürst
Bundesrichter	Kellner
Bundesrichter	Dr. Waitz
Bundesrichter	Dr. Becker
Bundesrichter	Dr. Nehlert
Bundesrichter	Niedermaier

VII. Senat

Senatspräsident	Witten
Bundesrichter	Dr. Zinser
Bundesrichter	Reimer
Bundesrichter	Dr. Zehner
Bundesrichter	Fischer
Bundesrichter	Dr. Heddaeus

VIII. Senat

Senatspräsident	Dr. Baring
Bundesrichter	Dr. Dr. Schröcker
Bundesrichter	Niesert
Bundesrichter	Maetzel
Bundesrichter	Dr. Raschke
Bundesrichter	Dr. Korbmacher

II. Disziplinarsenate

1. Richter

I. Disziplinarsenat

Vorsitzender	Senatspräsident Dr. Dickertmann
1. Beisitzer:	Bundesrichter Amelung
2. Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Gille
3. Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Hardraht *)

II. Disziplinarsenat

Vorsitzender:	Senatspräsident Vogel
1. Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Leußer *)
2. Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Hammerschlag
3. Beisitzer:	Bundesrichter Arndt **)

III. Disziplinarsenat

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Niemeyer
1. Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Röhrmann
2. Beisitzer:	Bundesrichter Lange *)
3. Beisitzer:	Bundesrichter Arndt **)

2. Beamtenbeisitzer

Die Beamtenbeisitzer der Disziplinarsenate werden nach Maßgabe der §§ 49, 50, 55 BDO an Hand der im Auslosungsverfahren bei den Senaten gebildeten Jahreslisten berufen. Für die ab 1. Mai 1957 eingeleiteten förmlichen Disziplinarverfahren gegen Beamte und Ruhestandsbeamte aus dem Dienstbereich der Landespostdirektion Berlin, der Zoll- und Verbrauchssteuerverwaltung einschließlich der Monopolverwaltung für Branntwein und des Devisenüberwachungsdienstes sowie der Sondervermögens- und Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion Berlin (§ 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der in den einzelnen Verwaltungszweigen des Landes Berlin beschäftigten Personen vom 26. April 1957 — BGBl. I S. 397 —, geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1967 — BGBl. I S. 725, 744 —) wird im Auslosungsverfahren eine gemeinsame Beisitzerliste gebildet und beim I. Disziplinarsenat geführt; aus ihr ziehen die Disziplinarsenate in der Reihenfolge ihres Bedarfs die Beamtenbeisitzer nach Maßgabe der in Abs. 1 genannten Gesetzesvorschriften heran.

III. Wehrdienstsenate

1. Richter

I. Wehrdienstsenat:	Senatspräsident Scherübl Bundesrichter Dr. Krönig Bundesrichter Mühlendorf Bundesrichter Dr. Schweiger
II. Wehrdienstsenat:	Senatspräsident Dr. Scherer Bundesrichter Lippold Bundesrichter Dr. Jäger

2. Militärische Beisitzer

Die militärischen Beisitzer der Wehrdienstsenate werden nach Maßgabe der §§ 58 und 54 Wehrdisziplinarordnung berufen.

*) auch zeitweiliges Mitglied der Wehrdienstsenate

**) in diesem Senat mit der halben Arbeitslast eines richterlichen Beisitzers

IV. Großer Senat

Mitglieder

Präsident	Prof. Dr. Werner
Senatspräsident	Prof. Dr. Fürst
Bundesrichter	Vierhaus
Bundesrichter	Dr. Idel
Bundesrichter	Dr. Raschke
Bundesrichter	Dr. Rösgen
Bundesrichter	Dr. Heinrich

Vertreter

Vertreter des Vorsitzenden
der jeweilige allgemeine Vertreter
des Präsidenten

Bundesrichter	Dr. Zinser
Bundesrichter	Dr. Dr. Schröcker
Bundesrichter	Kellner
Bundesrichter	Dr. Waitz
Bundesrichter	Oppenheimer
Bundesrichter	Dr. Dodenhoff

C. Vertretung und Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört und von mehreren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforderung des Senats vor, dem der Richter in erster Linie zugeteilt ist. Die Anforderung des Großen Senats geht allen anderen Anforderungen vor.

II. Vertretung in den Revisionssenaten

1. Die Vorsitzenden der Senate werden durch das jeweils anwesende dienstälteste Mitglied des Senats vertreten.

2. In den Sitzungen vertreten sich gegenseitig

die Beisitzer des I. und IV. Senats (ausgenommen BR Oppenheimer)

die Beisitzer des II. und VI. Senats

die Beisitzer des III. und V. Senats

die Beisitzer des VII. und VIII. Senats

Die Reihenfolge der Vertretung bestimmt sich innerhalb des Senats nach dem Dienstalter, beginnend mit dem dienstjüngsten Mitglied des Senats.

Wenn ein Vertreter herangezogen wird, ist jeweils der Vorsitzende des Senats, zu dem der Vertreter als ordentliches Mitglied gehört, zu unterrichten.

3. Weiter erforderliche Vertretungen regelt der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts.

III. Vertretung in den Disziplinarsenaten

1. Die Vorsitzenden der Disziplinarsenate werden regelmäßig vertreten durch das dienstälteste, bei gleichem Dienstalter durch das dem Lebensalter nach älteste richterliche Mitglied des Senats.

2. Die Vertretung veränderter Bundesrichter erfolgt zunächst in der Weise, daß sich die Richter jedes Senats untereinander vertreten. Sinkt jedoch die Zahl der Richter eines Senats unter drei Richter einschließlich der Vorsitzenden, gilt folgende Vertretungsregelung:

Die Beisitzer des I. Disziplinarsenats werden durch die Beisitzer des II. Disziplinarsenats,

die Beisitzer des II. Disziplinarsenats durch

die Beisitzer des III. Disziplinarsenats,

die Beisitzer des III. Disziplinarsenats durch

die Beisitzer des I. Disziplinarsenats

vertreten, und zwar jeweils in der Reihenfolge vom dienstjüngsten Beisitzer an aufwärts.

IV. Vertretung in den Wehrdienstsenaten

1. Die Vorsitzenden der Wehrdienstsenate werden regelmäßig durch das dienstälteste, bei gleichem Dienstalter durch das dem Lebensalter nach älteste richterliche Mitglied ihres Wehrdienstsenats vertreten.

2. Ein veränderter Beisitzer wird zunächst durch einen Richter seines Wehrdienstsenats vertreten. Im übrigen gilt folgende Regelung:

Die Beisitzer des I. Wehrdienstsenats werden

durch die des II. Wehrdienstsenats

die Beisitzer des II. Wehrdienstsenats

durch die des I. Wehrdienstsenats

vertreten, und zwar jeweils in der Reihenfolge vom dienstjüngsten Beisitzer an aufwärts.

3. Für den Fall der Verhinderung der Mitglieder der Wehrdienstsenate und ihre regelmäßigen Vertreter (§ 58 Abs. 3 Satz 5 Wehrdisziplinarordnung) werden die Bundesrichter Dr. Leußner, Dr. Hardraht und Lange zu zeitweiligen Mitgliedern der Wehrdienstsenate bestellt. Sie vertreten die verhinderten Mitglieder der Wehrdienstsenate in der angegebenen Reihenfolge nach der Folge der Verhinderungsfälle jeweils längstens für die Dauer einer Sitzungsperiode. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste mit der Maßgabe an seine Stelle, daß der Verhinderte dessen nächsten Vertretungsfall übernimmt.

4. Weiter erforderliche Vertretungen regelt der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts.

V. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung des Vorsitzenden tritt dessen Vertreter ein. Die stellvertretenden Mitglieder werden nach der Reihenfolge ihres Dienstalters zur Vertretung herangezogen. Das dienstjüngste Mitglied hat den ersten Vertretungsfall, das im Dienstalter folgende Mitglied den nächsten Vertretungsfall usw. wahrzunehmen.

Anhang zum Geschäftsverteilungsplan

1. Sitzungstage und Sitzungssäle für die Revisionssenate im Dienstgebäude 1 Berlin 12, Hardenbergstraße 31

Saal	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
I	III. Senat	V. Senat	III. Senat	frei
II	II. Senat	IV. Senat	II. Senat	IV. Senat
III	VII. Senat	VIII. Senat	VIII. Senat	VII. Senat
IV	I. Senat	VI. Senat	I. Senat	VI. Senat

2. Der Sitzungssaal der Disziplinarsenate im Dienstgebäude 1 Berlin 30, Reichpietschufer 72—76, steht

dem I. Disziplinarsenat vom 1. — 10.

eines jeden Monats,

dem II. Disziplinarsenat vom 11. — 20.

eines jeden Monats,

dem III. Disziplinarsenat vom 21. — 30./31.

eines jeden Monats

zur Verfügung.

3. Der Sitzungssaal im Dienstgebäude

8 München 13, Akademiestraße 7/V, steht

dem I. und II. Wehrdienstsenat je nach Bedarf

zur Verfügung.